

# Stoll zieht sich aus der Politik zurück

Der 31-jährige SP-Landrat und Anwalt aus Liestal will sich auf den Beruf konzentrieren

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Für viele war er ein politischer Hoffnungsträger, und nicht wenige sahen in ihm einen kommenden Regierungsrat. Nun setzt Diego Stoll seine Prioritäten aber anders. Wie der 31-jährige Jurist aus Liestal gestern bekannt gab, tritt er aus beruflichen Gründen nicht mehr zu den Landratswahlen vom 31. März 2019 an. Er will sich auf seine Tätigkeit als Anwalt und auf das Verfassen einer Dissertation konzentrieren. An Stolls Stelle kandidiert auf der SP-Liste im Wahlkreis Liestal Peter Küng. Der gegenwärtige Liestaler Einwohnerratspräsident könnte somit nach vier Jahren, während denen er aufgrund der Amtszeitbeschränkung pausieren musste, in den Landrat zurückkehren.

«Mittel- und längerfristig könnte ich meine Arbeit als Anwalt, das Verfassen einer Dissertation und meine politische Tätigkeit nicht in dem Masse miteinander vereinbaren, wie es meinen Ansprüchen entspricht. Und weil ich keine halben Sachen mag, lege ich den Fokus auf den Beruf und die Dissertation», sagte Stoll gestern. Im Sommer hatte er seinen Rücktritt aus dem Liestaler Einwohnerrat erklärt, dem er fast sieben Jahre angehört hatte und in dem er unter anderem als Präsident der Bau- und Planungskommission eine tragende Rolle gespielt hatte.

## Kandidatur kam zu früh

Kurz zuvor hatte er die Diskussionen um eine allfällige Regierungsratskandidatur mit einer Verzichtserklärung beendet. Es sei für ihn nicht der richtige Zeitpunkt für eine Kandidatur. Die Sache komme «gefühlsmässig noch etwas zu früh». Er müsse sich vorerst auf seine berufliche Laufbahn konzentrieren, erklärte Stoll Anfang April. Diese



**Politisches Talent.** Ende Juni 2018 endet zumindest vorerst die bisher steile Karriere von Diego Stoll. Foto Kostas Maros

Situation hat sich offenbar seither noch akzentuiert. Von einem Abgang aus Enttäuschung oder Frust ist daher in diesem Fall kaum auszugehen.

Diego Stoll wurde 2015 als Neukandidierender mit einem Glanzresultat in den Landrat gewählt. Im Kantonsparlament gehört er, der nicht aus den Reihen der Jusos stammt, dem eher pragmatischen SP-Flügel an. Trotz der polarisierten politischen Situation mit der SP in der Oppositionsrolle verschaffte er sich schnell Gehör und Respekt über die Parteigrenzen hinaus.

Dass sein Name nach nur drei Jahren Ratszugehörigkeit mit einer Regierungsratskandidatur genannt wurde, war jedenfalls kein Zufall.

Ob sein gestern angekündigtes Ausscheiden aus der Politik auch ein endgültiges ist, konnte Diego Stoll gestern nicht sagen. «Ich habe keine Pläne und sehe für mich daher auf absehbare Zeit hinaus kein politisches Amt. Andererseits bin und bleibe ich ein politischer Mensch. Ich möchte daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht etwas für alle Zeiten ausschliessen», sagt der Jurist.

Mit Peter Küng kehrt ein erfahrener SP-Politiker und Finanzspezialist auf die kantonale Bühne zurück, der seinerzeit als Sektionspräsident für den Aufschwung der Liestaler SP in hohem Masse mitverantwortlich war. Mit erst 46 Jahren war er 2015 ohnehin noch etwas jung fürs politische Altenteil, sodass jetzt seine Rückkehr keine Überraschung ist. Zusammen mit Thomas Noack die beiden Liestaler SP-Landratsitze im März 2019 ins Trockene zu bringen, dürfte für Peter Küng jetzt das primäre Ziel sein.

## Replik auf Urs Kaufmann zur Wohnkosten-Initiative Kein Steuergeschenk

Von Marc Scherrer

Ein Ja zum Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative bedeute ein Steuergeschenk für die Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer, schreibt Urs Kaufmann. Das ist natürlich Unfug. Ein Ja zum Gegenvorschlag beseitigt vielmehr eine seit zwei Jahren bestehende ungerechtfertigte Steuer-mehrbelastung der Betroffenen.

Urs Kaufmann vermeidet es in seinen Erläuterungen aber geflissentlich aufzuzeigen, wie es zu dieser unfairen Situation kam. Dabei ist es eigentlich offensichtlich: Nachdem die Baselbieter Regierung die Eigenmietwerttabelle nach unten angepasst hatte – und gleichzeitig die Abzugsmöglichkeiten für den Unterhalt ebenfalls gesenkt hatte –, kritisierte das Bundesgericht, dass die neuen Eigenmietwerte nicht in jedem einzelnen Fall 60 Prozent der Marktmiete betragen. Konsequenterweise hat die Baselbieter Regierung die Eigenmietwerttabelle wieder nach oben angepasst. Naturgemäss hat sich aber das Bundesgericht nicht zu den tieferen Abzugsmöglichkeiten geäußert. Darum beiließ die Regierung diese auf dem tieferen Niveau.

Im Klartext: Die Eigenmietwerte stiegen an. Die Abzüge aber blieben tief. So geht es natürlich nicht. Denn die Differenz kassiert seither die öffentliche Hand. Konkret bezahlen die Betroffenen seit 2016 jährlich im Durchschnitt 400 Franken mehr Steuern pro Jahr. Der Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative behebt diesen Missstand. Doch anders als von der Initiative verlangt, soll die Rückwirkung nicht per 2016 gelten, sondern erst per 2018. Damit kommen die Initianten, welche ihren Vorstoss zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen haben, nicht zuletzt den Gemeinden entgegen. Diese hätten nämlich bei einer Rückwirkung per 2016 Tausende von definitiven Steuerveranlagungen noch einmal neu beurteilen müssen – und scheuen den Aufwand. Das bedeutet: Die Baselbieter Wohneigen-

tümerinnen und Wohneigentümer haben so oder so während zwei Jahren eine steuerliche Mehrbelastung erlitten.

Wenn überhaupt jemand ein Geschenk verteilt hat, dann waren es die Betroffenen, welche der öffentlichen Hand Millionen an Franken zusätzlich überwiesen, ohne auch nur den geringsten Mehrwert zu haben. Dass diese unfaire Mehrbelastung nun wenigstens ab 2018 rückgängig gemacht wird, ist nicht mehr als recht.

## Die Eigenmietwerte stiegen an. Die Abzüge aber blieben tief. So geht es natürlich nicht.

Mit einem Ja zum Gegenvorschlag profitieren auch die Mieterinnen und Mieter. Der Gegenvorschlag sieht nämlich auch eine Wohnkosten-Abzugsregelung für unselbstständig Erwerbende – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vor, die in Absprache mit ihrem Arbeitgeber für ihre Berufstätigkeit ein privates Arbeitszimmer zur Verfügung stellen. Stichwort: Home-Office.

In einem Punkt gebe ich Urs Kaufmann durchaus recht: Das Baselbieter Energiepaket ist eine gute Sache. Nicht umsonst gilt es als eigentliches Erfolgsmodell. Doch dieses wie Urs Kaufmann in seinem Kommentar in Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative zu bringen, ist nicht redlich. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Eine Verknüpfung ist sachfremd.



**Marc Scherrer** (Laufen) ist Baselbieter Landrat und Mitglied der CVP.

## Gratis-Hypnose statt Praliné

Neuer Baselbieter Verein will «Hypnose für alle» ermöglichen

Von Melina Schneider

**Biel-Benken.** Der Biel-Benkemer Peter Kleiber (66) war früher selbst Skeptiker der Hypnose, bis er dank Hypnose sein Körpergewicht reduzieren konnte. Ein Hypnose-Therapeut machte ihm klar, sein Problem sei, dass er Leckereien wie Pralinés nicht widerstehen kann. Schon wenige Tage nach der ersten Therapie-sitzung habe er keine Mühe mehr gehabt, auf solche Köstlichkeiten nach dem Essen zu verzichten; das Verlangen war weg. Kleiber verlor in Folge elf Kilo Körpergewicht.

Im Oktober wurde nun der Verein «Hypnose für alle» gegründet, mit Kleiber als Präsidenten. Der Verein will in Zukunft über das Crowdfunding-Projekt «Lokalhelden» Geld sammeln, mit dem Ziel, bedürftigen Menschen mit Problemen aller Art Hypnose-Therapien zu ermöglichen.

Ist dereinst genügend Kapital zusammengeflossen, will der Verein die Mittel lediglich verwalten und den Entscheid übernehmen, wer im Schweizer Hypnosezentrum in Riehen von günstigeren Behandlungen profitieren darf. Ob das Projekt tatsächlich starten kann, hängt davon ab, wie viel Zuspruch es in der ersten Phase erfährt. Es brauche 100 «Fans» in fünf Tagen, die dieses Projekt «likern», sagt Kleiber.

Hypnose-Behandlungen, die durch Ärzte oder delegiert arbeitende Psycho-

logen durchgeführt werden, werden bereits von der Grundversicherung der Krankenkasse übernommen, wie der Krankenkassenverband Santésuisse schreibt. Kleiber hingegen hat in der Praxis andere Erfahrungen gemacht. Weil der Beruf «Fachtherapeut/Heilpraktiker für Psychotherapie (HPG)» von den Krankenkassen nicht anerkannt ist, gibts kein Geld fürs Hypnosezentrum in Riehen.

## Skeptiker wegen Show-Hypnos

Wie Kleiber weiter ausführt, habe er mit dem Verein «Hypnose für alle» bisher auch keinen Erfolg verzeichnet, als er bei den Krankenkassen für Hypnose lobbyierte. «Die fehlende Akzeptanz der Hypnose liegt wohl daran, dass ihre Wirkung nicht messbar ist», sagt er. Nur der Therapierte selber könne sagen, ob die Therapie angeschlagen hat. Viele Skeptiker hätten Show-Hypnos aus dem Fernsehen im Kopf. Dies im Unterschied zur Tätigkeit im Hypnosezentrum.

Gemäss Kleiber ist Hypnose ein Bedürfnis. Immer wieder höre er von Jugendlichen mit traumatischen Erlebnissen, die seiner Meinung nach nur durch diese Form der Behandlung geheilt werden könnten.

Kleiber zeigt sich jedoch zuversichtlich, das Crowdfunding-Ziel zu erreichen. Er sagt, es wäre eine «Schande», würde man das Mindestkapital von 10 000 Franken nicht sammeln können.

## Dämpfer für Schwimfans

Binnerger Einwohnerrat will kein 50-Meter-Sportbad

**Binningen.** Ein richtiges 50-Meter-Sportbad für die Region statt lauter Hallenbädli in mehreren Gemeinden: Dies hatte FDP-Einwohnerrat Christoph Daniel Maier in einem Postulat gefordert. Am Montagabend ist er mit der Idee im Binnerger Einwohnerrat abgeblitzt. Das Postulat wurde nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Maier hatte den Gemeinderat prüfen lassen wollen, ob in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden ein

grösseres und ganzjährig benutzbares Hallenbad mit einem Olympiabecken realisiert werden könnte.

Ebenfalls mit seinem Vorstoss abgeblitzt ist Roman Oberli (SVP). Die Einwohnerräte wollen am teureren A-Post-Rückversand der Wahlcouverts festhalten und verzichten darauf, seine Motion an den Gemeinderat zu überweisen. Verschieben und später behandelt wird die Immobilien-Strategie und Teilrevision Finanzreglement. ch

## Da war mal was

### Verschollen am helllichten Tag

Von Thomas Gubler



Rund 5000 Personen werden angeblich pro Jahr in der Schweiz vermisst. Die meisten werden schnell gefunden oder melden sich selbst wieder. 200 tauchen aller-

dings nie mehr auf – sei es, dass sie irgendwo ums Leben gekommen sind oder dass sie sich irgendwohin abgesetzt haben, wo man sie nicht kennt und wo man sie auch nicht sucht. Es gibt dafür zahlreiche Gründe und Motive. Nach einer bestimmten Zeit werden sie dann für verschollen erklärt. Im Normalfall kann nach fünf Jahren ein entsprechendes Begehren gestellt werden.

Man nimmt diese Zahlen zur Kenntnis und ist sich kaum bewusst, dass es ja um Menschen geht. Das ändert sich allerdings schlagartig, wenn hinter einer Nummer ein Gesicht auftaucht. So geschehen 1999, als in Frick ein 70-jähriger Bauer, «der Hiob», wie er in der Region genannt worden war, nach einem Arztbesuch buchstäblich spurlos verschwand. Der Fall wurde damals im Fricktal während Monaten, sogar während Jahren heiss diskutiert. Und vergessen ist der Mann, der als Original galt und den jeder kannte, bis heute nicht. Ein Grund dafür ist, dass wir Mühe haben mit dem Umstand, dass ein Mensch aus dem Dasein verschwindet und keine Spur hinterlässt, kein Grab, nicht einmal einen Hinweis auf einen Ort, wo ihn der Tod ereilt haben könnte.

Ein anderer Grund waren die etwas verworrenen Familienverhältnisse und Lebensumstände, in denen der Verschollene gelebt hatte. Die Beziehung zu seiner – damals geschiedenen – wesentlichen jüngeren Frau war angeblich von Hass und gegenseitigen tätlichen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Die beiden sollen sich nichts geschenkt und doch immer wieder zusammen auf dem Hof gearbeitet haben. An Spekulationen, die Ex-Frau könnte mit dem Verschwinden etwas zu tun haben, fehlte es daher nicht. Ein allfälliger Verdacht konnte aber nie erhärtet werden. Und auch andere Hinweise, denen die Polizei damals nachgegangen war, insbesondere die Suizidthese, lösten sich in nichts auf.

Zum Fall gehen inzwischen keine Hinweise mehr ein. 2003 wurde er «vorläufig eingestellt». Hiob selbst ist längst für verschollen erklärt. Sein Todesdatum haben die Behörden auf den Folgetag desjenigen festgelegt, an dem er zuletzt gesehen worden war. Übrigens: Der Zivilstand des Partners oder der Partnerin einer für verschollen erklärten Person ist nicht etwa «verwitwet», sondern «geschieden». Dies wohl deshalb, weil ein für verschollen Erklärter theoretisch wieder auftauchen kann und dann nicht seiner Witwe begegnen soll. thomas.gubler@baz.ch

## Nachricht

### Raubüberfall auf Tankstellenshop

**Liestal.** Ein bewaffneter Mann hat am Montagabend einen Tankstellenshop an der Gasstrasse überfallen und dabei eine grosse Summe Bargeld erbeutet. Der maskierte Räuber entkam, verletzt wurde niemand. Wie die Polizei mitteilt, ereignete sich der Überfall kurz vor 20.30 Uhr. Der Räuber bedrohte eine Angestellte im Kassenbereich mit einer Waffe. Nach der Tat flüchtete er in unbekannt Richtung. Für Hinweise, die zur Festnahme des Täters führen, setzt die Polizei eine Belohnung von 5000 Franken aus. Der mutmassliche Täter wird wie folgt beschrieben: Er ist circa 1,80 Meter gross und hat eine sehr schlanke Statur. Zum Tatzeitpunkt trug er eine schwarze Bomberjacke mit einer dunkelblauen Wollmütze und einen blauen Rucksack. Sein Gesicht maskierte der Räuber mit einem violetten Tuch. SDA